

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 102 (2005)
Heft: 3

Artikel: Entsolidarisierung im Wohlstandsmüll
Autor: Gillen, Gabriele
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840666>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine Streitschrift über Politik, Macht und Armut

Entsolidarisierung im Wohlstandsmüll

Ihre Sprache ist pointiert und laut: Die deutsche Autorin Gabriele Gillen kritisiert die moderne Marktgesellschaft und als Folge davon das Ableben des Sozialstaats. Für die ZeSo schreibt sie über runde Bäuche und magersüchtige Staatskassen.

Nicht Mitgefühl, nicht Solidarität, sondern Verachtung für die Armen und Schwachen, für die Verlierer und die Ausgesonderten der Märkte breitet sich aus. Schon länger erleben wir fröstelnd das Erstarken einer Schicht von kühlen, genuss- und konsumsüchtigen Karrieretypen, denen es schlicht egal ist, wenn neben ihnen jemand zu Boden geht. Besserverdienende sind die Besseren. Reichtum bedeutet Leistung und Verdienst, was nicht mehr im Einzelfall nachgewiesen werden muss, sondern grundsätzlich unterstellt wird. Geiz ist geil und Gier deshalb auch. Als deutsche Banken Mitte der Neunzigerjahre mit dem Verweis auf die «Schalterhygiene» Verschuldeten und Sozialhilfeempfängern die Girokonten verweigerten, löste das noch Empörung aus. Heute wird der «Wohlstandsmüll», wie 1996 der damalige Verwaltungsratspräsident der Firma Nestlé, Helmut Maucher, Kranke und Arbeitsunfähige bezeichnete, ohne Widerspruch der Mehrheit aus dem Blickfeld geräumt. Früher lagen die Obdachlosen unbehelligt in den Dompfortalen und profitierten von der im Gottesdienst aufgefrischten Nächstenliebe. Heute dürfen sie das Strassenbild nicht mehr stören und werden in Verbringergewahrsam an den Stadtrand transportiert. Die Klage-mauer am Kölner Dom, über Jahre ein öffentlicher Raum für die, die sich mit Armut, Ungerechtigkeit und Krieg nicht abfinden wollten, wurde mit Polizeigewalt niedergeworfen – und überall werden die Bänke an Bushaltestellen und Bahnhöfen abmontiert, damit sich auf ihnen kein schmutziger Penner mehr ausruhen und die sterile Ästhetik der Konsumtempel stören kann. Die zwei Seiten derselben Medaille – die einkalkulierte Verarmung hier und die knallharte Profitgier dort – werden kaschiert als bittere Kur zur Rettung des Wirtschaftsstandortes und damit zur Verteidigung des Volks-

wohls. Vor Gott waren noch alle Menschen gleich. Aber Gott ist tot. Und kann uns deshalb auch nicht mehr als Über-Ich zur Nächstenliebe nötigen. Stattdessen sollen die Menschen sich endlich von der Erinnerung an «ineffiziente Utopien» wie «Geborgenheit, Wärme der Kleingemeinschaften, Liebe, Gemeinschaftsgeist, Heimatgefühl» emanzipieren, fordert das ehemalige Deutsche-Bank-Vorstandsmitglied Thomas Fischer. Der aus Wien stammende «Philosoph» Rudolf Burger warnt davor, die Macht in der Gesellschaft den Menschen zu geben, denn am Markt, der «ökonomischen Justitia», habe «jede Idee von Gerechtigkeit ihr Mass». Das meint: Survival of the fittest. Das meint auch: Je enger der Gürtel um die Taille der einen geschnürt wird, desto runder können die Bäuche der anderen wachsen. Und der ehemalige FAZ-Wirtschaftsredakteur Rainer Hank verklärt die wachsende Ungleichheit gar als «gerechtigkeitskompatibel» – während der Sozialstaat und der Tarifvertrag mit dem Kapitalismus grundsätzlich inkompatibel seien.

Wer es sich leisten kann, ist sich selbst der Nächste

Das Gebot der Nächstenliebe ist also inkompatibel mit dem Darwinismus des Marktes. Das Gebot der Solidarität ist ein Relikt aus jenen Zeiten, in denen wir noch an den Weihnachtsmann glaubten. Der Wahnsinn hat Methode. Auf den Müll mit demokratischen Wirtschaftsideen von Mill bis Keynes; auf den Müll mit Adam Smith' Idee vom «Reichtum der Nationen», der nicht auf dem Geld, sondern auf der Arbeit und der Initiative der Bürger gegründet ist; auf den Müll mit dem Sozialstaat und dem Primat der Politik. Vergessen wir die Verwertungsschlachten des Kapitals, die Zerstörung der Natur, die Rohstoffkriege, die gepeinigten

Migranten und die Reingehettos, vergessen wir die Verelendung durch Arbeitslosigkeit und all the lonely people samt ihrem Souveränitätsverlust. Schliesslich geht es ums Grundsätzliche, ums Ökonomische nämlich. Halten wir uns also lieber an Carl Christian von Weizsäcker und seinen unvergessenen Satz, dass, wer mit Mindestlöhnen anfangen, beim Gulag landen. Freiheit dagegen ist der Mechanismus der Konkurrenz in der Erbarmungslosigkeit des Marktes und die Befreiung der Sieger von Steuern und Charity für die Opfer. Freiheit ist Eigenverantwortung und das bedeutet: Wer es sich leisten kann, ist sich selbst der Nächste. Der bekennende Egoismus stellt sich als kategorischer Imperativ der ultraliberalen Epoche heraus – eine Epoche befreit von der Lähmung des Karitativen. Die Senkung des Spitzensteuersatzes, die Senkung der Körperschaftssteuer, Steuerschlupflöcher so gross wie Scheunentore für die wirklich Vermögenden. Nur Arme brauchen einen reichen Staat. Doch der hat sich bereitwillig magersüchtig gehungert und will nicht länger der Störenfried der Marktgesellschaft sein. Der öffentliche Reichtum wird privatisiert: Strassen und Schienen, noch der letzte Parkplatz neben der letzten Autobahnausfahrt, Renten und Gesundheit, Bildung und Natur. Mit einem jedem Bürger nach der Geburt implantierten allergiefreien Chip könnte demnächst auch noch eine Maut auf Strände und Wanderwege, auf Parks und Flaniermeilen erhoben werden. Gleichzeitig sichert die hohe Arbeitslosigkeit die scharfe Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und eine kärgliche Lohnentwicklung. Und deutsche Ein-Euro- oder Schweizer 1000-Franken-Jobs garantieren ein jederzeit verfügbares Heer von Niedriglöhnern.

Die Medien und die Wahrheit

Bewundernswert auch das harmonische Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Medien. In trauriger Harmonie wird die Notwendigkeit verbreitet und schein dokumentiert, für das schiere Überleben des Wirtschaftsstandortes Deutschland (oder Schweiz) den

Sozialstaat Schicht für Schicht abtragen zu müssen. Obwohl wir in der Bundesrepublik die niedrigste Steuerquote der westlichen Welt und der statistisch erfassten deutschen Geschichte haben, dominiert in der Bevölkerung die Überzeugung, wir seien das Hochsteuerland schlechthin, weshalb die Steuern weiter gesenkt werden müssten. Obwohl wir selbst nach den Statistiken des Institutes der Deutschen Wirtschaft beim Anteil der Lohnnebenkosten am Lohn im Mittelfeld liegen, glaubt wegen der permanenten Propaganda inzwischen jedermann, die hohen Sozialausgaben seien die spezifisch deutsche Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit. Obwohl wir in Westeuropa beim Anteil der Niedriglohnjobs nur noch von Irland, Holland und England übertroffen werden, suggeriert die veröffentlichte Meinung eine singuläre deutsche Inflexibilität. Obwohl es in keinem anderen Land der EU so grosse Lohndiskrepanzen gibt wie in der Bundesrepublik, lässt die kreischende Kampagne gegen die angebliche Starrheit deutscher Flächentarifverträge nicht nach. Und obwohl der Anteil der Sozialleis-

tungen am Volkseinkommen in Westdeutschland niedriger ist als 1980, wo es nicht einmal halb so viele Arbeitslose gab, herrscht ein weit verbreiteter Glaube an den ausufernden Missbrauch sozialer Leistungen. Und so weiter. Und so weiter. Beispiele aus den zahllosen

«Vor Gott waren noch alle Menschen gleich. Aber Gott ist tot. Und kann uns deshalb auch nicht mehr als Über-Ich zur Nächstenliebe nötigen.»

Gestaltungsleistungen der Medien im Umgang mit der Realität, im Umgang mit der Wahrheit. Das von hoch bezahlten Experten der Massenpsychologie erarbeitete moderne «Neusprech» samt seinen bösen Lügenwörtern hat daran keinen unerheblichen Anteil. Streichungen und Kürzungen von Sozialleistungen firmieren als «Anreize zur Stärkung der Eigenverantwortung». Die Kürzung von Arbeitgeberbeiträgen zur Rentenversicherung werden als «Beitrag zur Generationengerechtigkeit» verkauft. Die Freistellung



Schmutzige Penner sind unerwünscht. Sie stören die sterile Ästhetik der Konsumtempel und Kapitalburgen.
Bild: Aura

der Arbeitgeber von wesentlichen Krankenversicherungsleistungen wie zum Beispiel der Zahnbehandlung wird als «Reform zur Beitragssenkung» vermarktet. In kürzester Zeit werden wir an den Zähnen sehen, wer zu den Armen und wer zu den Wohlhabenden gehört, wer zu den

leben andere Leute ein Leben: das ihre.» Was Kurt Tucholsky so ironisch auf den Punkt bringt, beschreibt einen Mangel, der sich verschärft hat: Wir leben nebeneinander, nicht miteinander. Das gilt besonders für jene Schichten, die im Kampf des Marktes auf der Strecke geblieben sind. Weil ihr Leben auf den ersten Blick nicht nur unspektakulär, uncool, unschick ist, sondern in seiner trostlosen Unausweichlichkeit auch ein Anklagepotenzial enthält, das wahrzunehmen wir uns gerne ersparen. Irgendwo hat sich in den Revieren der Sieger, zwischen gepflegten Eigenheim-Rasenflächen, italienischen Milchkaffee-Bars und Eliteuniversitäten, eine Ahnung erhalten über einen verhängnisvollen Zusammenhang: Es geht vielen Leuten nur deshalb recht gut, weil es so viele Leute gibt, denen es auf der anderen Seite recht schlecht geht.

Beklage sich nicht, wer gefressen wird

Über Jahre wurde in der Bundesrepublik die Sozialstaatsdebatte von der angeblich «nivellierten Mittelsstandsgesellschaft» dominiert, doch beim Gedrängel um einen gepolsterten Platz in der Mitte wurden die wachsenden «Ränder» der Armen und Hoffnungslosen gerne übersehen. Hinzu kommen die neuen, «weichen» Klassenschranken, die vielen unüberwindlichen Lifestyle-Gräben zwischen unten und oben. Wer in die Mitte will, will einen Spitzenplatz und keine Gleichheit mit den anderen. Von Nivellierung ist also keine Rede mehr, aber wie selbstverständlich wieder vom «Unterschichtenfernsehen». Die «neuen Unterschichten» sind das Produkt der Ungleichheit – jene Generationen nach 1945, an denen gar nicht mehr der Versuch unternommen wurde und wird, sie in die Mitte der Gesellschaft zu integrieren, sondern deren Chancenarmut schon geradezu als natürlich gilt. Hinsehen ist nicht mehr erwünscht, Kritik gilt als rückwärts gewandt und Solidargemeinschaft als langweilig. Die Unterklasse interessiert nur, wenn sie zum Gaudium aller in Container gesperrt und dabei abgefilmt wird. Doch jetzt will Paul Nolte, Ge-

IHRE MEINUNG INTERESSIERT UNS

Wohin entwickelt sich die Marktgesellschaft? Braucht es einen Umbau der Sozialsysteme? Ihre Meinung zum Text von Gabriele Gillen interessiert uns. Schreiben Sie an Redaktion ZeSo, SKOS, Mühlenplatz 3, Postfach, 3000 Bern 13 oder an zeso@skos.ch – Ihren Beitrag werden wir in der nächsten ZeSo veröffentlichen.

schichtspräsident in Bremen und neuerdings im neoliberalen Milieu sehr in Mode, die «Unterschichten» mit wirtschaftsliberaler Logik umerziehen. Mit Hilfe des Sozialabbaus. Wenn jeder für sich selbst verantwortlich ist, so seine These, werde der bei Bier und vor dem Unterschichtenfernsehen gepflegte bequeme Kollektivismus durch massenhaft freigesetzte Selbsterhaltungsenergien überwunden. Ausgesetzt im kapitalistischen Dschungelcamp werden sich die Überlebenden nämlich von den Schwächlingen trennen. Wer da lähmende Depressionen bekommt, soll sich nicht beklagen, dass er gefressen wird.

Bitte kein Mainstream!

Doch die Schuld an den «neuen Unterschichten» ist nicht nur bei den Wirtschaftsliberalen zu suchen – auch die linke Theorie fand zuletzt an Gleichheit nur noch wenig Interesse, und Kulturlinke erweisen sich als eifrige Stichwortgeber der Ungleichheit. Postmarxisten, Diskursjockeys, unorthodoxe Gesellschaftskritiker beschorthen sich seit 20 Jahren vornehmlich mit Phänomenen wie Differenz, Culture Jam, mit distinkten Identitäten, dem Zusammenprall und auch der fröhlichen Vermischung von Unterschiedlichkeiten. Differenz ist spannend, Gleichheit fad. So wie die anderen will möglichst keiner sein: Mainstream ist das Letzte. Keiner merkt, dass diese Art der massenhaften «Differenz» nichts anderes als scheissliberaler Mainstream ist, und jeder wünscht sich weiter als eine unverwechselbare Type zu sehen – eine Sehnsucht, die mit dem Markenbewusstsein moderner Ich-AGs harmonisiert. Diese existenzialistische Wende

«Je enger der Gürtel um die Taille der einen geschnürt wird, desto runder können die Bäuche der anderen wachsen.»

Verlierern und wer zu den Gewinnern... Doch schon finden sich Forscher, die das Mitgefühl mit jemandem, der nicht zum Clan gehört, als genetische Störung diffamieren.

Wir leben nebeneinander

Nichts jedenfalls ist in den letzten Jahren mehr aus der Mode gekommen als die Gleichheit. Die «Hasspredigten der Gleichheitsfeinde» (Wolfgang Engler) tragen dafür eine wesentliche Verantwortung, die Vergötterung des Gewinners durch die Neoliberalen. Doch auch die Sozialdemokraten haben die Gleichheit in den Keller geräumt und dafür den Begriff der Chancengerechtigkeit hervorgekramt. Chancengerechtigkeit? Die Zahl der Menschen, die nach der EU-Definition in Einkommensarmut leben, wächst auch in Deutschland. Familien mit Kindern sind besonders häufig arm. Allein Erziehende auch. Dauer-

«Ausgesetzt im kapitalistischen Dschungelcamp werden sich die Überlebenden nämlich von den Schwächlingen trennen.»

arbeitslose gehören zu den Dauerarmen. Und hinter der Einkommensarmut lauert die Chancenarmut. Wer arm ist, hat weniger Chancen auf Bildung, Kultur und Gesundheit. Doch wie nehmen wir die in relativer Armut Lebenden wahr? «Auch ausserhalb unserer Sphäre

(Diedrich Diederichsen) war die linke Spielart der Individualisierung: Gender-, Schwulen- und sonstige Diskurse waren und sind erstaunlich widersprüchlich codiert – die Forderung, als gleichwertig respektiert zu werden, korrespondierte mit dem eingeforderten Recht aufs Anderssein, auf Differenz. Dabei ist die Gleichheit und die soziale Gerechtigkeit aus den Augen geraten. Und wie in der Kulturtheorie, so auch in der Sozial- und Wirtschaftsphilosophie.

Gleichheit macht klug

Doch eine kleine Hoffnung gibt es. Es stellt sich nämlich und endlich unübersehbar heraus: Weder werden die Menschen glücklicher, je grösser das Spektrum an Optionen in unserer Differenzgesellschaft ist, noch werden die Gesellschaften leistungsfähiger, je tiefer der Graben zwischen oben und unten. Ein markanter Einschnitt waren in dieser Hinsicht die Pisa-Studien. Bei diesen erwies sich ja, dass egalitäre Systeme mehr Aufwärtsmobilität, klügere Schüler und insgesamt mehr Prosperität schaffen, während mehr soziale Ungleichheiten zu massenhafter Verschwendung von «Humankapital» führen. Kurzum: Ungleichheit macht dumm, Gleichheit macht klug.

So zieht das Unbehagen am Kapitalismus erste – auch von den Mainstream-Medien nicht mehr zu ignorierende – Kreise: Erst die Angriffe des deutschen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering auf die «Ökonomisierung aller Lebensbereiche», dann das französische «Non» zur EU-Verfassung und nun die Begeisterung für die neue deutsche «Linkspartei» – all das lässt sich auch als das Symptom eines Mangels lesen. Es gibt in der Bevölkerung, in den Revieren der Uncoolen und Überforderten, weit verbreitete Sentiments, die in der Politik-Politik, also dem, was bei Wahlen zur Debatte steht, nicht repräsentiert sind. Das ist derart unübersehbar, dass sogar die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung konstatieren musste: «Die Zeit ist reif für neue politische Ideen. Gerade im Moment der grössten Ausdehnung

und Wirksamkeit der neoliberalen Ideologie mehren sich die Zeichen, dass es den Leuten allmählich damit reicht.» Das hat mit sozialer Bedrängnis zu tun, aber nicht nur. Dass sich die Ackermänner stetige Einkommenszuwächse genehmigen und Massenentlassungen ankündigen, obwohl die Ertragslage golden ist, verletzt elementare Gerechtigkeitsnormen; ebenso wie der Umstand, dass Arbeitslose schikaniert werden, obwohl es für sie keine Jobs gibt. Es herrscht Empörung darüber, dass Menschen als Kostenfaktoren auf zwei Beinen gelten, so überflüssig wie Waren, die aus der Mode gekommen sind. Was für schlechte Stimmung sorgt, ist aber auch die Kultur der Alternativlosigkeit. Dagegen gibt es nicht nur Aversion, sondern auch eine Fülle von Verweigerungs- und Ausbruchsstrategien: Die neue Suche nach einem sinnvollen Leben, statt der Lebensplanung nach egoistischen Kosten-Nutzen-Rechnungen. Wenn man von der «Ökonomisierung aller Lebensbereiche» spricht, dann ist das zwar bedrohliche Realität und dennoch nur die halbe Wahrheit. Weil nicht alle Menschen im Netz zapeln, weil sich an allen Ecken Kreativität und Resistenz zeigt. Hier liegt die neue Idee. Das Potenzial an Kreativität, Vielfalt und fröhlicher Dissidenz unter dem «Polarstern» (Norbert Bobbio) der Linken: dem unermüdlichen Streben nach Gleichheit.

Blick nach Skandinavien

Es ist eine Unart der politischen Propagandaoffiziere, an dieser Stelle sofort drei, vier «Konzepte» einzufordern, die man am besten schon morgen in Gesetzesvorhaben giessen könnte. Aber Richtungen können eingeschlagen, Ideen skizziert werden: Ein Bürgergeld auf der Grundlage einer neuen Definition von Arbeit; ein Umbau der Sozialsysteme, der den veränderten Realitäten Rechnung trägt, dem Umstand, dass Lohneinkommen nicht mehr die völlig überwiegende Form der Einkünfte sind; eine Bürgerversicherung nach den Prinzipien der Solidargemeinschaft; mehr Chancen für alle, denn die Vermittlung von Kompetenzen für ein selbst bestimmtes Leben be-

ginnt heute bei den Dreijährigen und wird erst in drei Jahrzehnten zu einer egalitäreren Gesellschaft führen.

Man kann sich da ruhig ein Vorbild an erfolgreichen Gesellschaften nehmen: Die klassenlosesten Gesellschaften der Welt sind die skandinavischen, wo die Steuern hoch sind, die öffentlichen Schu-

«Nur Arme brauchen einen reichen Staat. Doch der hat sich bereitwillig magersüchtig gehungert und will nicht länger der Störenfried der Marktgesellschaft sein.»

len ausgezeichnet arbeiten und die Kultur durch gegenseitigen Respekt gekennzeichnet ist. Und Arbeitsmarktreformen beschränken sich nicht darauf, die Verlierer noch zu verhöhnen, sondern helfen, das Spektrum der Möglichkeiten für die Unterprivilegierten zu erweitern. Eine Gesellschaft, die nicht in Gewinner und Verlierer zerfällt, sondern deren Mitglieder sich auf Augenhöhe begegnen, inmitten respektierter und geschützter Varianten für ein sinnvolles Leben – daraus muss doch ein Konzept entstehen können, eine Idee, für die man sich wieder begeistern kann.

Gabriele Gillen

ZUR PERSON

Von der Autorin ist Anfang August 2005 das Buch «Wir hatten die Wahl. Erste Rückblicke auf unsere nächste Regierung» und im letzten Jahr «Hartz IV – Eine Abrechnung» (beide Titel bei Rowohlt) erschienen. Gabriele Gillen ist unter anderem als Redaktorin für Politik und Kultur beim Westdeutschen Rundfunk tätig. Sie absolvierte an der «Kölner Schule» ein Studium der Publizistik sowie ein Studium der Politik- und Theaterwissenschaften.